



Die Bürgermeisterin

An die
Mitglieder des
Landtages



Marl, 19. Oktober 2001

Kürzungen im Landeshaushalt 2002 im Bereich der Jugend- und Familienförderung

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rat der Stadt Marl hat in seiner Sitzung am 27. September 2001 nachfolgende Resolution beschlossen:

Kürzungen im Landeshaushalt 2002 im Bereich der Jugend- und Familienförderung

Mit Unverständnis hat der Rat der Stadt Marl zur Kenntnis genommen, dass die Landesregierung im Bereich der Jugend- und Familienförderungen Kürzungen in einer Höhe von 23 Mio. Euro vorgesehen hat.

Dies ist für uns nicht hinnehmbar.

Die Einsparungen sollen betreffen

- die kommunalen Kinder- und Jugendzentren in Stadtteilen um rd. 13 Mio. Euro,
- die kommunalen Erziehungsberatungsstellen um rd. 8 Mio. Euro und
- den Bereich der Familienerholung um rd. 2 Mio. Euro.

Der Landesregierung ist bekannt, dass die Haushaltssituationen der Stadt Marl (Haushaltssicherungskonzept) es nicht erlaubt, die ausfallenden Landesmittel aus eigenen Mitteln zu ersetzen. Folglich führt eine Streichung der Landesförderung zwangsläufig zu einer Reduzierung des vorhandenen Angebotes.

Für Marl bedeutet dass:

- ca. 164.000,- DM weniger für die offene Jugendarbeit,
- Schließung einer Jugendeinrichtung,
- Programmausdünnung.

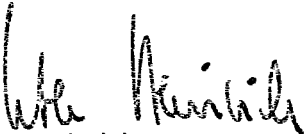
Kinder, Jugendliche und ihre Eltern müssen sich auf die Aussage der Landesregierung, dass ein differenziertes System der Unterstützung, Beratung und Hilfe anzubieten ist, verlassen können. Dies ist nur mit einer sicheren Landesförderung möglich.

Erforderlich kann daher nur eine Weiterentwicklung der Angebote der Familienförderung und der Kinder- und Jugendhilfe gemeinsam mit den Kommunen und freien Trägern sein. Gerade den präventiv wirkenden Einrichtungen kommt dabei in dem sozialen Netzwerk eine besondere Bedeutung zu. In diesem Bereich besteht ein niedrigschwelliges Angebot, um frühzeitig auf die Entwicklungsperspektiven von Kindern, Jugendlichen und deren Familien positiv einzuwirken. Ohne ausreichende präventive Unterstützungsangebote lassen sich zudem erhebliche Mehraufwendungen in späterer Zeit nicht vermeiden.

Der Rat der Stadt Marl fordert daher den Landtag eindringlich auf, die für den Haushalt 2002 vorgesehenen Kürzungen im Bereich der Jugend- und Familienförderung zurückzunehmen.

Ich bitte, die Resolution in Ihre Entscheidungsfindung mit einzubeziehen.

Mit freundlichen Grüßen



Uta Heinrich